

# Lärmbelastung soll deutlich sinken

## Mitspracherechte für Beiräte geplant

VON BERND SCHNEIDER

**BREMEN.** Die Bremer sollen künftig weniger unter Verkehrs- und Gewerbelärm leiden. Auf Grundlage des jetzt vorgelegten Lärmkatasters (wir berichteten) will die rot-grüne Koalition überall dort für Abhilfe sorgen, wo es zu laut ist.

Das hat die Umweltdeputation auf ihrer ersten Sitzung in der neuen Legislaturperiode beschlossen. Alle Lärmsanierungen sollen ausführlich mit den Bürgern beraten werden, heißt es.

„Wir stehen ganz am Anfang eines langen Prozesses“, sagte die Bürgerschaftsabgeordnete Karin Garling (SPD), die zur Sprecherin der Deputation gewählt wurde. „Wir werden uns wohl das ganze nächste Jahr intensiv damit beschäftigen.“

Wo Tempo-Begrenzungen eingerichtet oder Lärmschutzwände aufgestellt werden, das solle nun mit den Bürgern vor Ort in den Beiratssitzungen ausgiebig diskutiert werden. „Und wir wollen eine enge Abstimmung im Beiräteausschuss“, versicherte die Sprecherin der Deputation. In diesem sind alle Stadtteilbeiräte vertreten. Dort solle auch ausgehandelt werden, wo mit der schrittweisen Lärmsanierung zu welchem Zeitpunkt begonnen wird.

Die Abgeordnete skizziert für den weiteren Werdegang

der Beratungen folgenden Zeitplan: Anfang 2008 solle die Behörde einen „Aktionsplan“ für die Stadt vorlegen – als Startschuss für die Debatte in den Beiräten. Bis dahin, hofft Garling, habe auch die Deutsche Bahn die Lärmkarten geliefert, die sie für ihre Verkehrswege vorlegen muss. „Aber es wird den Prozess auch nicht lähmen, wenn sie dieser Verpflichtung nicht nachkommen sollte.“

Wie berichtet, hat das „Hamburger Lärmkontor“ im Auftrag der Stadt Bremen die Lärmbelastung für das gesamte Stadtgebiet berechnet. In die Berechnung, die nach standardisierten Methoden angefertigt wurde, sind unter anderem eingeflossen: Pkw-Dichte und Lkw-Anteil am Straßenverkehr, Straßenoberflächen und Geschwindigkeitsbegrenzungen.

Mit dem Lärmkataster kommt das Land seiner Verpflichtung zum Lärmschutz nach, wie ihn die Europäische Union (EU) einfordert. Legt man die Grenzwerte des Bremer Gesundheitsamts zugrunde – durchschnittliche Dauerbelastung von 65 Dezibel über 24 Stunden und 55 Dezibel nachts – sind im Tagesmittel fast 32 000 der 540 000 Bremer zu sehr mit Straßen- und Straßenbahnlärm belastet, nachts sind es 38 000. Die EU-Grenzwerte liegen mit 70 und 60 Dezibel spürbar höher.

dk 1.9.07